

Das Wirtschaftswunder und die Zeit danach

Zur Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg und im Kreis Biberach (1938–2004)

Die Stadt Biberach an der Riß besitzt eigentlich seit langem Vorzüge eines außergewöhnlichen, herausragenden Wirtschaftsstandorts. Nach den Eintragungen im deutschen Wirtschaftsadressbuch von 1938 existierten damals in der Stadt 52 überwiegend als Fabriken bezeichnete Industriebetriebe, die 26 verschiedene Industriebranchen repräsentierten, beispielsweise Armaturen-, Beleuchtungskörper-, Berufskleider-, Dampfleim-, Fahnen-, Fenster-, Filzwaren-, Konservenkäse-, Maschinen-, Metallwaren-, Mineralwasser-, Papierwaren-, Fleisch- und Wurstwarenfabriken u. a. Eine solche in einer Kleinstadt von knapp 12 000 Einwohnern kaum anderswo anzutreffende Fabrikenkonzentration setzte letztlich im Interesse der Selbstbehauptung der Unternehmen die Existenz einer erheblichen unternehmerischen Kreativität und Innovationskraft voraus, nicht nur die Überredungskunst einer großen Schar von Handelsvertretern. Es ging neben mancher zündenden unternehmerischen Idee häufig um kontinuierliche Verbesserungen an den Produkten und Produktionsabläufen. Unternehmerische Innovationskraft war und ist der wesentliche Motor für Produktivitätssteigerungen. Unternehmerischer Kreativität verdanken Stadt und Kreis bis heute ihre herausragende Wirtschaftskraft. Wenn nun dieses Museumsgebäude im Jahr 2005 unternehmerischer Kreativität am Beispiel Liebherr gewidmet ist, dann steht es gerade hier am richtigen Standort. An überzeugenden Zeugnissen eines erfolgreichen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums fehlt es ja bis in die jüngste Zeit nicht. Nach der Erwerbstätigenstatistik, die Selbstständige und Arbeitnehmer erfasst, stieg im Landkreis Biberach die Anzahl der Erwerbstätigen von 1991 bis 2000 um 4,3 % von 79 500 auf 82 900, dagegen im Lande Baden-Württemberg um 3,6 % auf 5 266 100.

Auch der Beschäftigungs- und Wohlstandzuwachs nach dem Zweiten Weltkrieg war nicht zuletzt auf die Neuerungen in den Wirtschaftsunternehmen zurückzuführen, verbunden mit einer nach neoliberalen Prinzipien organisierten freien Marktwirtschaft. Erst mit der fast 5 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges am 28. Januar 1950 verfügten Aufhebung der Rationierung – auch Zwangswirtschaft genannt – begann für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länder die Zeitrechnung der von einer großen Mehrheit der Bevölkerung ersehnten Marktwirtschaft. Die Ausgangssituation für eine erfolgreiche Marktwirtschaft bei gleichzeitigem Hochlauf des Produktionsvo-

lumens schien in Südwestdeutschland und insbesondere im amerikanischen Besatzungsgebiet trotz aller Kriegs- und Reparationsverluste 1949/50 überaus günstig gewesen zu sein, günstiger jedenfalls als in vielen anderen Regionen des besetzten Deutschlands. Infolge der Priorität kriegswichtiger Fertigungen in der Hitlerzeit hatte sich die Produktionsstruktur Südwestdeutschlands mit ihrem traditionellen Primat der Verbrauchsgüterindustrien vor und im Zweiten Weltkrieg mehr und mehr zugunsten der seitdem dominierenden und äußerst flexiblen Metallindustrie – also zugunsten von Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Elektroindustrie – verschoben. Zu den kriegsbedingten Industrieverlagerungen und Kapazitätsaufstockungen gesellten sich dann seit 1946/47 Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe nicht zuletzt auch aus der Sowjetzone (insgesamt 1625 Betriebe). Im deutlichen Abstand zum Bundesdurchschnitt war daher noch während der Zwangswirtschaft das Produktionsvolumen im amerikanisch besetzten Württemberg-Baden auf 103 % des Standes von 1936 gestiegen (Bundesdurchschnitt 94 %) und das der Elektrotechnik sogar auf 172 %. Nach Nordrhein-Westfalen war nunmehr Württemberg-Baden trotz des seit jeher beklagten württembergischen Energiemangels Ende 1949 das hochindustrialisierteste Bundesland in der jungen Bundesrepublik Deutschland. In Württemberg waren jedoch die teuersten Steinkohleabnahmepreise zu zahlen.

Auch Stadt und Kreis Biberach nahmen an diesem industriellen Aufschwung des ersten Nachkriegsjahrzehnts, wenn auch mit einiger Verzögerung, teil. Die Umsiedlung von Heimatvertriebenen führte in Oberschwaben zunächst zu einem angespannten Arbeitsmarkt. Ende 1952 betrug die Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk Biberach 7,8 %, in Süd-Württemberg-Hohenzollern 4,9 %. Erst mit dem Beginn der Hochkonjunkturphase zeichnete sich seit 1955 eine gegenläufige Entwicklung ab, als der Angebotsüberhang an Arbeitskräften durch einen solchen an offenen Stellen abgelöst wurde. Nun übertraf in Oberschwaben die Zuwachsrate der Beschäftigtenzahl in Höhe von 59 % die Landesdurchschnittsziffer von 52,7 %. Durch Firmenneugründungen und die Vergrößerung vorhandener Betriebe erlebte die gewerbliche Wirtschaft bis in die 1960er-Jahre eine stürmische Wachstumsphase, in der der Landkreis Biberach in Oberschwaben die unbestrittene Vorreiterrolle übernahm. Von 1950 bis 1961 erhöhte sich im Kreis die



Biberach um 1955.

Zahl der gewerblichen Betriebe nur geringfügig, die der Beschäftigten aber um 63,5 % und lag damit über dem Landesdurchschnitt von 52,7 %. Im Juni 1961 wurden im Kreis Biberach nur noch 11 Arbeitslose registriert.

Die gleichermaßen auch für Biberach beispielhaften Wiederaufbauerfolge der südwestdeutschen Industrie, die zugleich in einen Neuaufbau mündeten, hatten viele Väter, weil letztlich die eindrucksvollen Wachstumseffekte durch das Zusammenwirken vieler Faktoren hervorgebracht bzw. begünstigt wurden. Es bedurfte des Fleißes der Menschen, ihres Aufbauwillens und Leistungsvermögens, des technischen und kaufmännischen Wissens in den Unternehmen, ferner entsprechender wirtschaftlicher Handlungsspielräume, nicht zuletzt einer steigenden kaufkräftigen Marktnachfrage und wegen des Kapitalmangels auch staatlicher Finanzhilfen. Das alles flankierte und gestaltete eine auf Expansion und Stabilität ausgerichtete neoliberale Wirtschafts- und Währungspolitik. Nicht zuletzt förderten Instrumente der Steuerpolitik die Investitionsfinanzierung und das soziale Engagement der Unternehmen. Im Unterschied zur Gegenwart stammte der Löwenanteil der Finanzierungsmittel für den erforderlichen Industriebaufbau während der Wirtschaftswunderzeit angesichts des über Jahre kaum funktionsfähigen Kapitalmarktes aus erzielten Gewinnen. Wachstumschancen für die Industrie ließen sich nicht zuletzt an der relativ geringen Industriedichte, gemessen an der Zahl der Industriebeschäftigten je 1000 Einwohner, namentlich in ober-schwäbischen Kreisen ablesen. Zwar übertraf der Kreis Tettnang 1961 mit einer Dichte von 200 Industriebeschäftigten (je 1000 Einwohner) den Landesdurchschnitt mit 186 Industriebeschäftigten, doch lagen die anderen Kreise unter Einschluss des Landkreises Biberach mit 150 Industriebeschäftigten deutlich unter der Messlatte des Landesdurchschnitts.

Angesichts oder trotz hoher Investitionen und entsprechender Produktions- und Produktivitätsfortschritte herrschte seit den ausgehenden 1950er-Jahren Vollbeschäftigung, so dass der Arbeitsmarkt vom Wettbewerb der Unternehmen um die knapp gewordenen Arbeitskräfte bestimmt wurde. Das galt nicht minder für Oberschwaben. Der anhaltende Arbeitskräftemangel führte zur Anwerbung von Gastarbeitern im benachbarten Ausland, um die weitere Expansion der baden-württembergischen Industrie zu gewährleisten. Auch andere Faktoren mit Bremseffekten machten sich geltend. Umweltschädigungen erschienen seit den 1960er-Jahren als Grenzen künftigen Wachstums. In seiner Regierungserklärung von 1964 mahnte der baden-württembergische Ministerpräsident Kiesinger: „Uns ist die Sorge für eine alte, reiche Kulturlandschaft anvertraut. Ihre Schönheit, ihre Fruchtbarkeit, ihre alten Baudenkmäler und Kunstschätze zu erhalten ist unsere Aufgabe ebenso, wie die Sorge für die Anforderungen der modernen technischen Welt. Beide Interessen stehen, wir fühlen es oft schmerzlich, häufig im Widerspruch zueinander, und es bedarf des sorgfältigsten und gewissenhaftesten Ausgleichs zwischen ihnen.“ Vor diesem Hintergrund vollzog sich ein Politikwechsel und damit eine Neuorientierung der Förder- und Strukturpolitik der Landesregierung sowie der von ihr besonders gepflegten Mittelstandsförderung. Doch während gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und das „deutsche Wirtschaftswunder“ von selbst ernannten Systemkritikern denunziert wurde, erfreute sich Baden-Württemberg nach wie vor des schönsten Booms, verbuchte allein die Metallindustrie von 1960 bis 1970 einen Umsatzanstieg um das Zweieinhalbfache bei einer Verdreifachung ihres Exports.

Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Gießereien hatten im Kreis Biberach ihre Beschäftigtenzahl von 1954 bis 1963 reichlich verdoppelt (+ 117,6 %). Zum bedeutendsten Maschinenbauer war beginnend mit 39 Mitarbeitern und der Montage des ersten Lieberr-Turmdrehkrans die 1949 gegründete Firmengruppe Lieberr aufgestiegen. 1958 beschäftigte die Lieberr-Gruppe im In- und Ausland 2392 Mitarbeiter und 1968 weltweit bereits 5933. Seit den 1950er-Jahren entwickelte sich in Stadt und Kreis Biberach eine ebenso moderne wie dynamische Industriestruktur und verringerte damit den Abstand zum Entwicklungsniveau des Landes. Die elektrotechnische, feinmechanische und optische Industrie steigerte von



Das Liebherr-Hochhaus, das erste Wohnhochhaus in Biberach, Ende der 1950er-Jahre.

1954 bis 1963 ihre Beschäftigtenzahl um das Dreifache.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie erhöhte während des genannten Zeitraums ihren Beschäftigtenstand um 171,1 %. Während die Textilindustrie Arbeitsplätze abbaute, belief sich die Beschäftigungszunahme in der Bekleidungsindustrie auf 114 %. Zu der stürmischen Industrieexpansion während der 1950er-/1960er-Jahre trug die Industrie – mit + 120,8 % bei, darunter die Nahrungs- und Genussmittelindustrie des Kreises mit 49,6 %. Stadt und Kreis Biberach erlebten bis in die 1960er-Jahre einen bisher nie gekannten industriellen Aufschwung, durch den sich sowohl die Zahl der Betriebe als auch noch stärker die der Beschäftigten erhöhte. Die Anzahl der Industriebeschäftigten stieg um 114 % und im Landesdurchschnitt um (nur) 44 %. Gleichzeitig erhöhte das Handwerk die Beschäftigung. Unter den 5 Kreisen seines Regierungsbezirks erwirtschaftete der Kreis Biberach 1966 das höchste Bruttoinlandsprodukt (= Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen) mit 844 Mio. DM bzw. 7643 DM je Kopf der Wohnbevölkerung. Das viel zitierte „Wirtschaftswunder“, also die rasche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik einschließlich Baden-Württembergs seit der Währungsreform 1948, hat nicht minder in Stadt und Kreis Biberach die Weichen in die Zukunft gestellt. Vieles hat sich radikal verändert, die Menschen inbegriffen, um unter den veränderten Lebensbedingungen existieren zu können. Damit das Leben besser werden sollte, musste es anders werden.

Unter französischer Besatzung arbeiteten 1946 6 Biberacher Industriebetriebe „für die Bedürfnisse

der Franzosen“. 1954/55 herrschte in Biberach bereits Vollbeschäftigung, war die Kreisstadt vor allem zur Einpendlergemeinde geworden und machte sich angesichts der boomenden Industrie bereits ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bemerkbar. Seit den 1950er-Jahren wurde die Industriestruktur Biberachs in erster Linie durch 6 namhafte Großbetriebe, die großen „Sechs“, geprägt, die sich durch ihr spezialisiertes, nicht miteinander konkurrierendes Produktionsprogramm und ihre größtenteils bedeutende Stellung auf den jeweiligen internationalen Märkten auszeichneten. In alphabetischer Reihenfolge waren es das Posamenten- und Gardinenwerk Gustav Gerster, die Maschinenfabrik Albert Handtmann, die Fabrik Dentaler Medizinischer Instrumente Kaltenbach & Voigt, das Liebherr-Werk Biberach, die Chemisch-pharmazeutische Fabrik Dr. Karl Thomae und die Maschinenfabrik Vollmer-Werke, alles Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern, 1958 insgesamt mit 3836 Beschäftigten und 1972 mit rund 7300. Trotz der Erdölkrise hat sich von 1970 bis 1980 der Anteil der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes im Kreis Biberach um 1,3 % erhöht, während er in der Region und im Land rückläufig war. Es schien, als wäre die Wirtschaft im Kreise Biberach eine sichere Insel, weil sie von der Brandung der Rezession unberührt blieb, die Mitte der 1970er-Jahre das Ende der Wirtschaftswunderzeit markierte. 1975 war plötzlich die Arbeitslosigkeit auf etwa 4 % hochgeschwollen, im „Bund“ auf 4,7 %. Ungeachtet dessen stieg die Bevölkerung im Kreis und von 1970 bis 1987 um 6,1 % (auf 153 900 Einwohner) und die Beschäftigung sogar um 28,7 %. Weiteres Wachstum überwand rasch die rezessiven Tendenzen der Erdölkrise. Ein kluges Wort des weltweit agierenden Schraubenhändlers Reinhold Würth aus Künzelsau lautet: „Um jung zu bleiben, muss ein Unternehmen wachsen“. Gleiches gilt für Volkswirtschaften.

Im Kreis Biberach stellte sich damals, seit den 1980er-Jahren, und späterhin das Problem, das gebotene wirtschaftliche Wachstum bei gleichzeitigem unaufhaltsamen Strukturwandel im sekundären und tertiären Wirtschaftssektor während der nächsten Jahrzehnte bis zu Beginn des neuen Jahrtausends zu bewältigen. Es gab dabei nicht wenige Erfolge und Bewährtes, an das sich anknüpfen ließ. Als Wachstumsbranche hatte sich inzwischen im Kreis vor allem der Maschinenbau bewährt, im Jahre 1989 präsent mit 21 Betrieben und 6873 Beschäftigten, denen über-

durchschnittliche Verdienstmöglichkeiten geboten wurden. Auf den Maschinenbau entfiel ein relativ hoher Beschäftigtenanteil des verarbeitenden Gewerbes von 30 %. Trotz einer relativ guten Ausgangssituation kam es nicht minder auf die Gunst der Rahmenbedingungen für weiteres Wachstum an.

Hierbei soll nicht die besondere Bevölkerungsproblematik übersehen werden. Die Region Donau-Iller, zu der der Kreis Biberach gehört, hatte mit Abstand die niedrigste Bevölkerungsdichte unter den 13 Regionen Baden-Württembergs (1998: 166 Einwohner je km²). Doch die Erfahrung lehrt, dass eher ländlich strukturierte Regionen mit schwachem Verdichtungsgrad häufig hohes Bevölkerungswachstum aufweisen. Das galt nicht zuletzt von 1980 bis zur Jahrtausendwende für die Region Donau-Iller unter Einschluss des Kreises Biberach. Von Anfang 1981 bis Ende 2002 stieg die Einwohnerzahl des Kreises Biberach von 152 000 auf 185 980, also um 21,7 %, in der Region dagegen um 19,4 % und im Lande nur um 15,1 %.

Sowohl die gestiegene Bevölkerungsdichte im Kreis als auch der Altersdurchschnitt begünstigten die industrielle Entwicklung. Kaum ein anderer Kreis in Baden-Württemberg zeichnete sich durch ein so niedriges Durchschnittsalter seiner Bevölkerung wie der Kreis Biberach aus, das Ende 2003 39,1 Jahre betrug, übertroffen wurde er nur vom Kreis Tübingen wegen der großen Zahl dort ansässiger Studenten mit 38,8 Jahren. Das relativ niedrige Durchschnittsalter im Kreis Biberach resultiert nicht zuletzt aus dem verhältnismäßig hohen Anteil der unter 15-Jährigen an der Wohnbevölkerung von 20 bis 22 % (Landesdurchschnitt 1995: 16,9 %). Andererseits verharrte der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung im Kreis bei niedrigen 5 bis 6 % (Land 1995: 13,1 %).

Wirtschaftliches Wachstum setzt eben nicht nur einen Anstieg des Beschäftigtensatzes – also der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort je 1 000 Einwohner – voraus, sondern bedarf auch eines Anstiegs der Zahl der Erwerbstätigen, der Selbstständigen u. a. Von 1992 bis 2002 stieg die Anzahl der Erwerbstätigen im Kreis Biberach um 5,8 % (Land 4,5 %), 1993 bis 2003 die der sozialversicherungs-

pflichtig beschäftigten Arbeitnehmer um 6,7 %, so dass der Kreis Biberach nach zwei nordwürttembergischen Kreisen unter den 45 Kreisen des Landes eine Spitzenposition einnahm, während sich in 25 Kreisen die Beschäftigung bereits reduzierte (Landesdurchschnitt -1,6 %). Die Landkreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Biberach sowie der Stadtkreis Freiburg bildeten 2003 eine einzigartige „Wachstumsquadriga“ in einer überwiegend rezessiven baden-württembergischen Wirtschaft. Mit nur 25 Unternehmensinsolvenzen bildete der Kreis Biberach ebenso das Schlusslicht in der Insolvenzstatistik, in der der Spitzenplatz mit 190 Insolvenzen der Stadt Stuttgart gebührte. Die Exportquote der Industrie des Kreises Biberach bewegte sich mit knapp 30 % geringfügig unter dem Landesdurchschnitt. Die 23,78 Mio. Euro, die als Darlehen 2003 von der Landesbank zur Wirtschaftsförderung im Kreis Biberach bewilligt wurden, bildeten sicher nicht das Geheimnis für die Biberacher Wirtschaftserfolge. Beeindruckend bleibt dagegen die Kontinuität des Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner bzw. je Erwerbstätigen. Bereits 1966 erwirtschaftete der Kreis die höchste Bruttowertschöpfung je Kopf der Wohnbevölkerung unter den 5 Kreisen des damaligen Regierungsbezirks. 1978 belief es sich auf 19 860 DM je Einwohner, 1992 auf etwa 26 000 DM und 2002 auf 26 100 Euro; es verdoppelte sich so in 10 Jahren. Wirtschaftserfolge senkten nicht zuletzt die Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1 000 Einwohner auf ein niedriges Niveau. Wenn die Wirtschaft eines Kreises in Rankings an der Spitze auftaucht, und das ist für den Kreis Biberach der Fall, so ist dies – wie auch bewiesen werden konnte – ein guter Indikator für die Lösung kommender Probleme und für künftige Zeiten, in denen nunmehr seit 2002 die Dienstleistungsbereiche den führenden Wirtschaftssektor darstellen.

Vortrag im Rahmen der Ausstellung „Liebherr – Kräne und mehr“ im Museum Biberach am 8. September 2005.

Bildnachweis

Alle Abbildungen vom Braith-Mali-Museum, Biberach.